Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

16.4.1874 (No. 88)

Visual Library

2 48
17. 30

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nro. 88. | Erscheint täglich (Montag ausgen.) Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. | Donnerstag, 16. April | Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. | 1874.

⊃ Die Mission es Deutsch- und Altkatholicismus i liberalem Munde.

„Nichts Neues unter er Sonne" ist ein Erfahrungssatz, der nicht so leich Lügen gestraft wird. Und selbst wenn die lichtfrendlichen Zeitungen von den höchsten Officiösen bis herab zum letzten Amtsverkündiger sich gewaltig n die Brust werfen und dem staunenden Publikum it hochtrabendem Tone eine Geistesthat im Culturkampfe als einzig dastehend verkünden und feiern, man darf die Sache nur ruhig ohne gefärbte Brille beachten und: „es ist schon dagewesen."

Wie vielmal hat di kirchenfeindliche Presse in allen Weisen den Unterang des Papstthums, der „ganzen römischen Hyde" und ihres Anhanges besungen, und doch kann man für vergangene und künftige Zeiten das WortNapoleons I., der es selbst erfahren mußte, anwenden: „Alle, die vom Papste gegessen haben, sind daran gestorben." Selbst der Altkatholicismus, dieses neeste Stück Kirchengeschichte, an dessen Namen der Libralismus schon im Anfange die religiöse Umgestaltung unsers Vaterlandes, wenn nicht gar des 19. Jahrhuderts, geknüpft hat, dürfte kaum ein anderes Loos hben als so viele, nur noch in der Kirchengeschichte inen Platz behauptende, Secten, selbst wenn ihm d vorerst nicht zu erwerbende Berühmtheit zu Thel werden sollte, daß vielleicht ein Kirchenlehrer spätrer Zeit wie einst St. Hieronymus beim Arianusmus ausrufen müßte: „Der Erdkreis staunte, daß er alkatholisch sei."

Dagegen freilich hätten unsere Liberalen nichts einzuwenden. Doch die Gechichte zeigt Parallelen. Dem Schreiber dieses kam unlängst ein Jahrgang eines der bedeutendsten libealen Blätter aus der Zeit des Deutschkatholicismus in die Hand. Blos aus diesem die Geschichte jner Geistesblüthe deutschen Denkens und Schaffens beurtheilt, wäre dieser Vorläufer des Altkatholicisnus der Lichtpunkt der ganzen neueren Geschichte. Und doch findet man jetzt seine Spur nicht mehr: fuit Ilium quondam. Gestatten Sie mir, an diese Berchte einigeBemerkungen anzuknüpfen. Bei Gelegenheit der 300jährigen Todesfeier Luthers im Jahre 1846 erschienen in jenem Blatte mehrere Aufforderungen von Protestanten an ihre Brüder, den Todestag Luthers auf eine „den Manen des großen Reformators" würdige Weise zu begehen. Fast alle stimmen darin überein, den „großen Kämpfer gegen römische Gewissensknechtung" nicht besser ehren zu können als durch eine Lutherstiftung, welche den Deutschkatholiken das sei, was die Gustav-Adolf-Stiftung den Protestanten ist. Dann heißt es: „Die Reformation des 19. Jahrhunderts (Deutschkatholicismus) hat ganz dieselbe Ursache und denselben Zweck, wie die des 16., und wenn zwischen beiden ein Unterschied ist, so liegt er in der Verschiedenheit der Zeit und der Volksbildung und darin, daß die heutige Reformation auf den Schultern der früheren steht, daß der Protestantismus der Vater des Deutschkatholicismus ist." „Wohlan, so laßt uns auch handeln an unserm Kinde, wie es liebenden Eltern geziemt 2c." Und so geht es fort in den herrlichsten Ergüssen, die einer so luftigen Idee ganz würdig sind. Man sieht aber zugleich, daß der damalige Liberalismus etwas offener war als es der heutige gegenüber dem Altkatholicismus ist. Freilich würde er letzterem damit auch einen schlechten Dienst erweisen; doch vielleicht wird er noch offener, und für den, der sehen will, ist die Sache ohnedies klar genug. Trotz seines Namens macht der Altkatholicismus keine Ausnahme von dem Satze, daß alle religiösen Irrthümer seit dem 16. Jahrhundert mit ihrer tiefsten Wurzel in der Reformation ruhen.

Doch scheinen die Deutschkatholiken mehr an materieller Noth gelitten zu haben als ihre Epigonen, denn damals kannte man noch nicht die famose Abstimmung über katholische Dogmen, welches Manöver auch immer eine Kirche „zur Befriedigung der gemüthlichen Bedürfnisse" und andere Begünstigungen zur Folge hat. Deßhalb sucht damals ein gelehrter Dr. emphatisch die deutschen Herzen zu erweichen mit den Worten: „Ja Luthers Name möge den Deutschkatholiken, deren größter Feind (?) die materielle Noth ist, das werden, was im 30jährigen Kriege Gustav Adolfs Schwert den Protestanten ward . . ."

An zündenden, „wissenschaftlich begründeten" Vorträgen fehlte es damals so wenig wie heute. Vor mir liegt ein solcher, der im Jahre 1846 vor einer großen Versammlung von einem äußerst gelehrten Doktor in Stuttgart gehalten wurde. Mit scharfem historischem Blick auf der Warte der Zeit stehend verkündet dieser divinatorischen Seherblickes: „Die Gesellschaft streift ihre alten Institutionen ab und entwickelt sich aus dem häßlichen Wurm zum prächtigen Schmetterling. Sie verwirft die Ideen, die sie belebten, ehe die Vernunft sich auf einen bestimmten Grad der Reifheit des Rechts erhoben hatte. Neue Gedanken, neue Ideen verkünden eine neue Welt." Hierauf zeigt der Redner, wie Alles Moder und Verwesung sei, welchen Nichts entgehe, selbst das weiland so stolze Gebäude der römischen Hierarchie, das so vielen und so mächtigen Angriffen und dem Zahne der Zeit getrotzt, sinke allmälig zusammen (natürlich durch den Deutschkatholicismus) weil der Geist, der es aufgerichtet und getragen, daraus gewichen sei.

Tout comme chez nous. Die gelehrten Säulen der Wissenschaft reisen herum, andere beweisen, daß Petrus nicht in Rom war oder lesen Reden herunter über die Laienrechte in der alten Kirche, und so stürzen sie das Papstthum, vor dem einst Barbaren, wie Attila, in ihrem Trotze sich gebeugt haben. Der Saal dröhnt von Beifall der sog. Gebildeten, die Zeitungen tragen die reformatorischen Worte deutscher Wissenschaft in alle Winde und: der Ultramontanismus mit allen seinen Pestbeulen stirbt. Wie immer, so hat auch heute der Sturm „gegen die päpstliche Unfehlbarkeit und bischöflichen Starrsinn" in seinem tiefsten Sinne keine andere Bedeutung als: ecrasez l'infame! Die Väter dieser Machinationen sagen es zwar wohlweislich nicht, denn das Volk ist ja auch noch zu übertölpeln, und viele „gebildeten Katholiken" glauben es nicht. Aber manchmal schwatzt doch ungeschickter Weise ein Kärrner in seiner Gutmüthigkeit aus der Schule und hämmert mit Schurzfell und Kelle angethan das Bollwerk der Kirche nieder, und wäre es auch nur vorerst in der 2. badischen Kammer. Auch damals droht das liberale Blatt den gläubigen Priestern und dem katholischen Volke mit dem Deutschkatholicismus: „Wartet nur! Bereits ist eine bessere Saat zur Blüthe gereift, zur Betheiligung an deren süßen Ernte sich der Kern des deutschen Volkes kräftig und freudig rüstet."

An der Spitze einer Bewegung muß natürlich auch ein Haupt stehen. Daß dieses in den Augen des Liberalismus jeweils nur ein Geistesheros sein kann, ist selbstverständlich. Es darf uns daher gar nicht so lächerlich vorkommen, wenn ein redegewandter deutscher Professor dem Reformator Johannes Ronge den Lorbeer auf die Stirne drückt mit den Worten: „Nach den unerhörten Versündigungen, welche gegen den Geist der neuen Zeit die ultramontane Partei, zu der jetzt Alles gehört, was nicht dem Fortschritt huldigt, begangen hat, ist endlich ein Mann unter uns aufgestanden, der nach Kopf und Herz berechtigt ist, als Baumeister der großen Kirche der Zukunft mitzuarbeiten." Freilich ändern sich die Zeiten, und heute nennt die Geschichte sein Sendschreiben an den Bischof Arnoldi von Trier, womit nach damaligem liberalem Begriff die Morgenröthe der neuen Zeit anbrach, „ein knabenhaft übermüthiges Schmählibell" und ihn selbst bezeichnet sie „als ohne alle wissenschaftliche und theologische Bildung und aller Kennzeichen eines religiös erregten und bewegten Lebens entbehrend, in gegenseitig sich über-

Verschiedenes.

Goslar, 7. April. Die Restaurirung des Kaiserhauses nimmt rüstigen Fortgang; mit der Vollendung des neuen Daches auf dem westlichen Flügel ist dieser bis auf den Boden des Saales völlig hergestellt, und man hat jetzt den Mittelbau und den nördlichen Flügel in Angriff genommen.

Augsburg, 7. April. Prof. Zittel meldet, daß die Karawane, Gerhard Rohlfs an der Spitze, nach einem unter unsäglichen Schwierigkeiten bewirkten 36tägigen Marsche durch das trostlose libysche Sandmeer am 20. Februar wohlbehalten in Sinah, der berühmten Oase des Jupiter Ammon, angekommen ist.

Pesth, 8. April. Ueber eine Unthat, welche sich in Neupesth ereignete, berichtet der Pesther Lloyd: „Im entlegensten Theile des Ortes wohnte der Milchmaier Joseph Mrda, welcher vor wenigen Monaten eine zweite, durchaus nicht glücklich zu nennende Ehe einging. Vor einigen Tagen verließ die junge Frau den ihr nicht sympathischen Mann, was dieser sich sehr zu Herzen nahm. Er ging Abends ins Wirthshaus, betrank sich und kehrte um 2 Uhr nach Mitternacht nach Hause zurück. Er zündete seinen Stall und sein Haus an, erstach seine drei Kinder mit einem Küchenmesser, dann stach er sich selbst in den Magen und wollte in den Flammen den Tod suchen, wurde jedoch von den mittlerweile herbeigeeilten Nachbarn daran verhindert. Ein Arzt verband augenblicklich die Wunde und stillte die Blutung; die neupesther Feuerwehr konnte leider von dem Gebäude nichts mehr retten; aus dem Schutt wurden die verkohlten Leichen der Kinder hervorgezogen. Vor dem Richter gestand Mrda, er habe die Schreckensthat begangen, weil seine Frau ihn verlassen. Er wurde ins Spital gebracht."

— Der „Gott, der Eisen wachsen ließ", nämlich in den Bergen von Bilbao, dem eisenreichsten Fleck der Erde, hat leider auch dafür gesorgt, daß dort mehr Eisen consumirt wird zu fürchterlichen Kriegszwecken. Eisen und Blut, dies paßt zusammen, und mit wie viel Blut ist dieses unendlich reiche Land nun schon gedüngt worden während der alten und neuen Bürgerkriege in Spanien! Es ist bekannt, daß die englische, belgische und in neuerer Zeit auch die deutsche Eisenindustrie namentlich zur Erzeugung des Gußstahls die nahezu unerschöpflichen Eisenerzschätze von Biscaya ausbeuten. Das Haus Krupp hat jüngst in dem Monte de Triano ganz bedeutende Erzgruben angekauft. Man schätzt den Ertrag an Eisen, den Biscaya bei rationellem Betriebe liefern kann, jährlich auf vier bis fünf Millionen Tonnen. Ueber Bilbao, das durch zwei Schienenstränge mit den Haupt-Eisengruben in Verbindung steht, wurden im vergangenen Jahre nahe an 1,500,000 Tonnen Eisenerz per Schiff ausgeführt. Das Gestein enthält durchschnittlich über 60 Procent reines Eisen.

— Nach einem Briefe aus **Reykjavik** vom 27. März ist auf Island der Winter sehr streng gewesen. Er begann am 10. September v. J. und dauerte bis zum genannten Datum fort. Aus diesem Grunde fiel es an manchen Stellen des Landes sehr schwer, das Vieh am Leben zu erhalten, weil man es fast den ganzen Winter im Stalle stehen lassen mußte. Einen großen Theil der Schafe, Kühe und Pferde hat man tödten müssen, um das Leben der übrigen zu retten, und sollte der Frühling kein milderes und besseres Wetter bringen, so befürchtet man einen bedeutenden Verlust besonders an Schafen und Pferden. Mit der Fischerei sieht es ebenfalls traurig aus; es ist bis jetzt so gut wie nichts gefischt worden. Die Winterfischerei dauert bis zum 12. Mai und man hofft in der noch übrigen Zeit ein günstigeres Resultat erlangen zu können.

— Ein zweckmäßiges Gesetz wurde im Jahre 1770 von dem englischen Parlament zum Schutze der Männer erlassen. Durch dasselbe wurde bestimmt: „daß Frauen, was immer ihr Alter, Rang, Gewerbe oder Grad sein möge, ob Jungfrau, Mädchen oder Wittwe, die nach Erlassen dieses Gesetzes irgend welche Ihrer Majestät männliche Unterthanen betrügen oder zur Ehe verführen würden durch Parfumerien, Schminke, kosmetische Waschwasser, künstliche Zähne, falsches Haar, spanische Wolle, eiserne Schnürbrüste, ausgestopfte Hüften und hohe Hacken — dieselbe Strafe erleiden sollen, welche gegen Hexereien und ähnliche Verbrechen bestimmt ist, und die unter solchen Umständen geschlossenen Ehen sollen nach Ueberführung der schuldigen Partei null und nichtig sein."

— Man meldet aus **Berumbuhr** in Hannover, 25. März. Diesen Morgen früh starb hier der Veteran Jann Janssen Albers in dem Alter von 83 Jahren. Der Verstorbene war der einzige noch lebende ostfriesische Grenadier aus dem 1. Königl. Leib-Garde-Regiment zu Fuß und hat mit dem deutschen Kaiser, welcher als 16jähriger Cadet in dieses Regiment eintrat, in Reih und Glied gestanden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

bietendem Wetteifer zum Reformator der kath. Kirche forcirt."

Ganz so werden in liberalen Blättern die Führer der Altkatholiken Alles, was man eben aus ihnen machen will. Ein abgefallener Geistlicher wird schnell ein glaubenstreuer Priester und aus einem undelikaten Proceß geht man als zweiter hl. Athanasius hervor. Sonderbar nimmt sich gegenüber diesen Tiraden die hie und da auftauchende Charakteristik eines oder des andern altkatholischen Schweizer Apostels aus.

Ergreifend, gerade wie heute noch, sind auch damals die Schilderungen deutschkatholischen Gottesdienstes, der hin und wider „ohne alle Zweifel einen unberechenbaren folgereichen Eindruck zurückläßt." Ueber den Ordinationsakt eines Apostels der deutschen Nationalkirche lautet ein Bericht: „Wie die beiden kräftigen geistbegabten jungen Streiter der emporblühenden Kirche vor dem Altare standen und man sie sich endlich in kräftigem Handschlag die Rechte darauf geben sah, im heißen Kampfe gegen Heuchelei und Priesterwahn, von welcher Seite sie auch kommen mögen, nicht zu ermatten — da schwebte der Geist des Zuhörers über die Räume des beengenden dürftigen Betsaales weit hinaus und erging sich voll heiliger Ahnung in beseligenden Aussichten auf die Zukunft des deutschen Vaterlandes." Der officielle Schluß ist auch damals: „Nach diesem hl. Akte traten der jungen Gemeinde eine beträchtliche Anzahl neuer Mitglieder bei, ein Ereigniß, das sich allsonntäglich wiederholt." Man ist versucht zu glauben, unsere liberalen Blätter benützten heute noch dasselbe Wörterbuch für Berichte über „Altkatholisches". Und wenn wir hieraus einen Schluß zu machen uns erkühnen wollten, so dürfte die Zukunft nicht zu rosig für das Adoptivkind aller guten „Reichsfreunde" ausfallen.

Die Regierungen ließen damals zwar die scheinbar religiöse Bewegung gewähren, ja duldeten die äußerste Beschimpfung der kathol. Kirche, ihrer Einrichtungen, Diener und Gläubigen in erdichteten und schon genug widerlegten Bullen, Symbolen 2c., gerade wie heutzutage auch. Als aber die Bewegung in communistischem Gewande auch an den Fundamenten des Thrones rüttelte, da erging auch an die Regierungen die Forderung der Selbsterhaltung. Der Altkatholicismus hat freilich bis jetzt einen unschuldigen Charakter, doch paßt das Urtheil des für die deutsche Nationalkirche so hochbegeisterten Gervinus über den Deutschkatholicismus auch auf den Altkatholicismus: daß nämlich diesen Bestrebungen nichts Theologisches zu Grunde liege, sondern vorherrschend eine Aufregung der Massen, und daß das politische Moment es sei, welches der ganzen Bewegung den Druck gebe.

Besonders aber sollten heute die Regierungen, wenn sie auf ähnliche Ereignisse zurückblicken und von ähnlichen Ursachen auf ähnliche Wirkungen schließen, sich Worte gesagt sein lassen, wie sie Baumstark unlängst ebenso richtig als schön in den Weckstimmen ausgesprochen hat: „Ich liebe die Prophezeiungen nicht; aber Alles müßte mich trügen, wenn nicht dereinst den Regierungen aus ihrer Begünstigung des „Altkatholicismus" eine reiche Saat der Beschämung und Verlegenheit auferstehen sollte, wenn sie nicht dereinst anerkennen und bekennen müssen, daß sie es waren, welche, wenn auch wider Willen, dem revolutionären Princip der Auflehnung des Einzelnen gegen die gesetzmäßige Autorität dienten."

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 11. April. (Nach der K. V. Z.)

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Wahlprüfungen.

Die Wahlen der Abgg. Schmidt (4. Wahlkreis Zweibrücken), Dr. Zinn (6. Wahlkreis Kaiserslautern) und Graf Preising-Lichtenegg (2. Wahlkreis Straubing) werden ohne Debatte für gültig erklärt und zu der letztern auf den Antrag der Abtheilung beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, gerichtliche Untersuchung über die in den vorliegenden Protesten behaupteten Thatsachen zu veranlassen.

Die Wahl des Abg. Dr. Georgi (22. sächsischer Wahlkreis) gibt zu einer kurzen Debatte Veranlassung.

Abg. Hasselmann sucht auszuführen, daß bei dieser Wahl unzulässige Beeinflussungen zum Nachtheil der Candidaten der Arbeiterpartei stattgefunden hätten, und beantragt deßhalb Beanstandung der Wahl und Untersuchung der gerügten Thatsachen. (Der Antrag erhält jedoch nicht die ausreichende Unterstützung und gelangt deßhalb nicht zur Abstimmung.)

Abg. Dr. Löwe bestreitet die vom Vorredner gemachte Behauptung, daß die Stimmzettel für den Abg. Georgi von außen kenntlich gewesen seien, und weist durch Vorzeigung von Stimmzetteln der einen wie der andern Partei nach, daß dieselben sich von einander durchaus nicht unterscheiden.

Der Antrag der Abtheilung wird hierauf angenommen.

Ferner werden die Wahlen der Abgg. Friderich (9. badener Wahlkreis), Koch (3. braunschweiger Wahlkreis) für gültig erklärt. Die Prüfung der letztern Wahl gibt dem Abg. Dr. Braun (Waldenburg) Veranlassung zu der Erörterung der Frage, ob einem jeden, auch bei der Wahl weder activ noch passiv Betheiligten das Recht zustehe, gegen die Gültigkeit einer Wahl zu reclamiren. Indem er diese Frage verneint, beantragt er, dieselbe der Geschäftsordnungs-Commission behufs principieller Erledigung zu überweisen.

Abg. Dr. Windthorst ist entgegengesetzter Ansicht und nimmt für Jedermann das Recht in Anspruch, darauf zu sehen, daß die Wahlen rite vollzogen werden. Es liege das im eigenen Interesse des Reichstages. Indessen hat er nichts dagegen, daß die Frage in der Commission zum Austrag gebracht werde.

Abg. Dr. Braun vertheidigt noch ein Mal seine Ansicht, indem er dieselbe mit dem in dieser Beziehung im englischen Parlamente üblichen Brauche begründet.

Der Antrag Braun auf Ueberweisung dieser Frage an die Geschäftsordnungs-Commission wird angenommen.

Die Wahlen der Abgg. Struckmann (4. hannover'scher Wahlkreis), Fürst v. Lichnowski (8. Oppelner), Faller (3. badischer), Frhr. v. Maltzahn-Gültz (1. Stettiner), Graf Bethusy-Huc (1. Oppelner), Prinz Wilhelm von Baden (10. badischer), Träger (Fürstenthum Reuß j.L.) und Dr. v. Donimirski (6. Marienwerder Wahlkreis) werden nach längerer Debatte ebenfalls für gültig erklärt, womit der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt ist.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Abänderung des Artikels 15 des Münzgesetzes.

Der Gesetzentwurf besteht aus einem einzigen Artikel, welcher lautet: „Die Bestimmung im Art. 15 Ziffer 1 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 findet auch auf die in Oesterreich bis zum Schlusse des Jahres 1867 geprägten Vereinsthaler und Vereinsdoppelthaler Anwendung."

Abg. Dr. Lenz befürwortet folgenden Antrag: Dem Einzigen Artikel ist folgende Fassung zu geben: „Die in Art. 7, 8 und 15 Ziffer 1 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 über die einstweilige Fortdauer ihrer Geltung als gesetzliches Zahlungsmittel, die Außercourssetzung und Einlösung der Ein- und Zweithalerstücke deutschen Gepräges getroffenen Bestimmungen finden auch auf die in Oesterreich bis zum Schlusse des Jahres 1867 geprägten Vereinsthaler und Vereinsdoppelthaler Anwendung. Jedoch können die im dritten Alinea des Art. 8 des Münzgesetzes festgesetzten Fristen für die Einlösung auf 14 Tage und für die öffentliche Bekanntmachung auf einen Monat herabgesetzt werden."

Staatsminister Delbrück erklärt sich gegen diesen Antrag. Die Frage, die derselbe behandele, sei bereits im Schooße des Bundesrathes nicht unerwogen geblieben; die Erwägungen hätten jedoch dahin geführt, eine Bestimmung, wie sie vorgeschlagen, für zulässig nicht zu erachten. Die Ursache der Beunruhigung, welche in Beziehung auf den Cours der österreichischen Thaler bestanden, habe darin gelegen, daß nach dem bestehenden Münzgesetz der Bundesrath befugt war, diese Münzen jeder Zeit außer Cours zu setzen. Die Panik sei jedoch durch die Vorlage dieses Gesetzes, sowie schon früher durch die Beantwortung der Interpellation des Fürsten Hohenlohe vollständig beseitigt. Die verbündeten Regierungen seien mit Rücksicht darauf, daß die genannten Münzen zur Zeit gesetzliches Zahlungsmittel sind, zu der Ueberzeugung gekommen, daß es richtig sei, wenn der Bundesrath sich der durch das Gesetz in Beziehung auf diese Münzen ihm ertheilten Vollmacht begäbe. Weiter zu gehen hätten die Regierungen nicht für nöthig erachtet. Man werde sich noch während einer geraumen Zeit in der Nothwendigkeit befinden, sowohl die in Deutschland, als in Oesterreich geprägten Thaler in Circulation zu lassen; jedenfalls sei eine nahe Grenze nicht in Aussicht zu nehmen. Innerhalb dieser Zeit werde die österreichische Regierung ohne Zweifel in der Lage sein, ihr Münzwesen auf einer andern Basis zu ordnen. Bei dieser Gelegenheit werde sie aber unter allen Umständen Rücksicht nehmen müssen auf die von ihr selbst geprägten Silbermünzen. Es liege deßhalb kein Grund vor, hier zu erklären, wir wollten auf unsere Kosten die österreichische Regierung von diesen Münzen befreien. Auch sei es überflüssig, heute schon eine Frage zu entscheiden, die erst in einer Reihe von Jahren an uns herantreten werde und ohne heute übersehen zu können, wie die Lage sein werde. Er bitte deßhalb um Ablehnung des Antrages.

Abg. Dr. Bamberger. Er werde zwar gegen den Antrag stimmen, sei aber in Bezug auf die Wirkung dieses Gesetzes durch die Ausführungen des Vorredners keineswegs beruhigt. Er glaube nicht, daß sich das Reich der Verpflichtung, die österreichischen Vereinsthaler zum vollen Werthe einzulösen, entziehen könne. Da aber der Bundesrath eine günstige Conjunctur benützen könnte, um sich dieser Vereinsthaler zu entledigen, so beabsichtige er, einen Antrag einzubringen, welcher den Bundesrath dazu ermächtigen solle; er wünsche jedoch zuvor eine Erklärung der verbündeten Regierungen, da er eine solche Vollmacht dem Bundesrathe nicht aufdrängen wolle. Zugleich bittet Redner, daß nicht mit allzu bureaukratischer Engherzigkeit dem Publicum gegenüber verfahren werde.

Staatsminister Delbrück bittet den Vorredner, einen solchen Antrag nicht einzubringen. Die Zeit zwischen dem Eintreten einer günstigen Conjunctur und deren Ausnutzung sei in der Regel zu kurz, als daß von einer vortheilhaften Operation die Rede sein könne. Die verbündeten Regierungen würden es vorziehen, die ihnen zugedachte Vollmacht nicht anzunehmen.

Abg. Mosle kann eine Verpflichtung des Reiches in der Richtung des Lenz'schen Antrages ebenfalls nicht anerkennen, wünscht jedoch, daß zur Beruhigung des Publicums die öffentlichen Kassen angewiesen würden, die österreichischen Thaler zwar anzunehmen, aber nicht wieder auszugeben.

Die Discussion wird hierauf geschlossen und nach Ablehnung des Antrages Lenz der Gesetzentwurf unverändert angenommen.

Dann folgt die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die Feststellung eines Nachtragsetats pro 1874. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1,552,865 Thlr. ab, die wie folgt zur Verwendung gelangen sollen: I. Die fortdauernden Ausgaben mit 5,500 Thlr., zu Mehrbesoldungen für den Rechnungshof, II. die einmaligen Ausgaben. 1. zum Ankauf eines Grundstückes für das statistische Amt 65,000 Thlr. 2. Kosten für Expedition zur Beobachtung des Venus-Durchganges 90,000 Thlr. 3. zum Ankauf eines Grundstückes behufs Errichtung eines Botschaftsgebäudes in Wien 150,000 Thlr. 4. zum Ankauf zweier Grundstücke auf der Insel Roo-lung-su 18,000 Thlr. 5. zu Telegraphenanlagen 1,000,000 Thlr. 6. zur Bewilligung extraordinärer Competenzen an die Besatzungstruppen in Elsaß-Lothringen 224,365 Thlr.

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. v. Frisch, der um unverkürzte Bewilligung der 90,000 Thlr. für die Expedition zur Beobachtung des Venus-Durchganges bittet, beschließt das Haus die zweite Berathung im Plenum vorzunehmen.

Deutschland.

⨯ **Aus dem Kreise Karlsruhe**, 13. April. Das neugeborene nationalliberale Wickelkind, die Fortbildungsschule, ist durch die Vollzugsverordnung vom 24. v. M. den Gemeinde- und Ortsschulräthen, Lehrern und Schulgemeinden zur Pflege übergeben worden. Die Vorliebe hiefür ist nirgends groß, größer dagegen die Kühle, mit welcher man sich dieser neuen Einrichtung unterzieht, die früher schon dagewesen und wegen Mangel an pädagogischem Erfolge fallen gelassen wurde. Wie lange die diesmalige Lebensdauer anhalten wird, wissen wir nicht und bekümmert uns auch wenig. — Das Wiederauftauchen der Fortbildungsschule scheint nicht recht harmoniren zu wollen mit den fortlaufenden Lobeserhebungen über den Aufschwung der Volksschule seit der neuen Aera. Wir haben manchen Artikel zu lesen bekommen, der durchgehend im Superlativ von den Leistungen des Volksschulunterrichtes sprach, und diese angeblich ersprießliche Erscheinung auf die Trockenlegung des geistlichen Einflusses auf die Schule zurückführte. Es muß in Wirklichkeit die Sache sich doch anders verhalten, sonst würde fragliche Nachhilfe nicht beliebt worden sein. — Sehr oft ist man bei den Verhandlungen der protestantischen Diöcesansynoden dem Wunsche nach Fortbildungsschulen auch aus dem Grunde begegnet, um dadurch der umsichgreifenden Ungebundenheit der heranwachsenden Jugend eine Schranke zu setzen. Wenn auch nicht beabredet werden soll, daß in dieser Beziehung ein Eingreifen am Platze ist, so bleibt es aber doch immerhin sehr fraglich, ob der Fortbildungsunterricht die Kraft besitzen wird, die angedeutete Bemängelung auszuebnen. Denn gerade da, wo diese, wie in den größeren Städten, am begründetsten ist, wird die neue Einrichtung mit den meisten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die vorweg einen guten Erfolg sehr zweifelhaft lassen. — An Gesuchen um Entbindung von der Verpflichtung des Fortbildungsunterrichtes auf Grund des § 3 Absatz 2 des Gesetzes wegen der zerstreuten Lage der Wohnungen wird es aus den Gegenden des Schwarz- und Odenwaldes nicht fehlen, wobei bis zur entgildigen Erledigung der verordnete Instanzenzug eine gründliche Erwägung in Aussicht stellt. Die deßfallsigen Gesuche nämlich sind vom Gemeinderath mit der Meinungsäußerung des Ortsschulrathes zunächst der Kreisschulvisitatur vorzulegen. Diese theilt das Gesuch unter Beifügung ihres Gutachtens dem Bezirksamt mit, welches nach eingeholtem Gutachten des Bezirksrathes die Vorlage an den Oberschulrath bewirkt, dessen bewilligte Nachsicht widerruflich ist. Daß die Gemeindekassen in Folge der Fortbildungsschulen neue Lasten erhalten, war unvermeidlich, lästiger noch als diese werden die Störungen hervortreten, welche bei dem ohnedies schon großen Mangel an Arbeitskräften hauptsächlich auf die Landwirthschaft entfallen, zumal die Abendstunden für den Unterricht nicht räthlich erscheinen, weil sie, wenn auch wirklich ausnahmsweise deren Benutzung gestattet wird, viele unliebsame Erscheinungen im Gefolge haben werden. Kurzum, die ganze Neuerung ist ein Experiment auf dem großen Versuchsfelde des modernen Staates. Der Erfolg ist abzuwarten.

Konitz, 9. April. Die kgl. Regierung zu Marienwerder hat sich endlich, wie die „Kon. Z.", schreibt, veranlaßt gesehen, allen katholischen Geistlichen unseres Kreises die Lokal-Schulinspection zu entziehen. Bis zur definitiven Regelung der Angelegenheit ist die Lokal-Schulinspection dem königlichen Kreisschul-Inspector Herrn Uhl hierselbst übertragen worden.

Berlin, 13. April. Reichstagssitzung. Bennigsen empfiehlt seinen Antrag in längerer Rede. Derselbe schließe sich an die Grundlage des Entwurfes enge an und lasse die Bildung der Cadres unberührt. Die Nothwendigkeit der siebenjährigen Bewilligung der Friedenspräsenzstärke sei bedingt durch die Stellung der deutschen Nation nach Außen; die Behauptung, das Budgetrecht existire nicht bei Fixirung der Präsenzstärke, sei eine arge Uebertreibung, sein Antrag stelle das volle Budgetrecht nach siebenjähriger Frist her und sei mit der Reichsverfassung vollkommen vereinbar. Eine Verständigung mit der Regierung sei unter den vorliegenden Umständen umsomehr geboten gewesen, als der §. 1 der Regierungsvorlage ohne Aenderung keine genügende oder doch nur eine geringe Majorität im Reichstage gefunden haben würde. Auch die Regierung müsse

die Hand dazu bieten, die Rechte des Reichstages nicht länger als dringend nöthig sei, zu beschränken und ein Verständniß mit den ihre Politik unterstützenden Parteien anbahnen. Redner erinnert an die großen dem Reiche noch gestellten Aufgaben, appellirt an die Parteien, welche die eigenen Interessen dem allgemeinen Interesse und dem Interesse des Vaterlandes unterordnen müßten. Das Zusammenhalten aller nationalen Parteien sei geboten gegenüber Denen, denen die Politik der Jahre 1866 und 1870 Thorheit sei; es sei geboten, so lange der von der römischen Curie und von den deutschen Bischöfen der Reichsregierung aufgedrungene Kampf dauere. Die Reichsregierung werde dem Volke niemals große Opfer auferlegen, sondern stets den Verhältnissen Rechnung tragen. (Stürmischer Beifall. Zischen im Centrum.) Kriegsminister Kameke verliest folgende Erklärung: „Bei §. 1 der Vorlage ist nicht die leitende Absicht gewesen, eine ewige Präsenzziffer zu bestimmen oder die verfassungsmäßigen Befugnisse des Reichstages bei Feststellung des Reichshaushaltsetats zu verkümmern. Der §. 1 bezweckte nach der Ueberzeugung der Regierung bei der gegenwärtigen Lage von Europa für die Erhaltung des Friedens und die Abwehr eines Angriffes die unbedingt erforderliche Stärke des deutschen Heeres bis dahin festzuhalten, daß eine Aenderung zwischen dem Bundesrath und dem Reichstag vereinbart werde. Das Amendement Bennigsen anerkennt die Nothwendigkeit dieser Stärke für die nächsten sieben Jahre, will aber über diese Zeit hinaus die legislativen Faktoren nicht verpflichten. Die verbündeten Regierungen haben es der Sachlage entsprechend erachtet, das Amendement Bennigsen schon vor der Beschlußfassung des Hauses gemeinschaftlich zu erwägen. Sie anerkennen die Bedenken, wodurch die Ablehnung einer längeren Verpflichtung motivirt wird. Sie sind wie im vorigen Jahre auch heute überzeugt, daß die Verringerung der im §. 1 ausgedrückten Heeresstärke mit der bewährten Einrichtung des deutschen Heeres nicht vereinbarlich sein würde. Sie können indeß den Unterschied zwischen ihrer Vorlage und dem Amendement in seiner praktischen Tragweite nicht derartig ansehen, um eine Verständigung auf Grundlage des letzteren zurückzuweisen, weil sie überzeugt sind, daß nach sieben Jahren die gewonnenen Erfahrungen dahin geführt haben werden, daß die heute geforderte Stärke dauernd erforderlich sei und daß deßhalb nach Ablauf der siebenjährigen Frist die nothwendige Stärke dauernd oder doch wieder für längere Zeit bewilligt werden wird. Die verbündeten Regierungen sind, indem sie den Bedenken gerecht werden, welche ein Theil des Reichstages aus seiner verfassungsmäßigen Stellung hergenommen, zu der Erwartung berechtigt, daß der Reichstag bei der künftigen Berathung des Militäretats ein gleiches Entgegenkommen zeigen werde. Ich erkläre daher Namens der verbündeten Regierungen, daß sie das Amendement annehmen werden." (Lebhafter Beifall.) Reichensperger empfiehlt hiernächst den Antrag Mallinckrodt's, welcher lautet: „Die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unterofficieren und Mannschaften wird nach den jedesmaligen Verhältnissen des Reiches durch das jährliche Staatsgesetz festgestellt," worauf das Haus die weitere Debatte bis morgen vertagt.

Berlin, 13. Apr. Das Befinden des Reichskanzlers hat sich der „Nordd. Allg. Ztg." zufolge insofern gebessert, als ihm mündliche Verhandlungen die Kenntnißnahme der Geschäfte möglich machen. Derselbe wird aber das Zimmer voraussichtlich nicht sobald verlassen können. Er brachte zwar in den letzten Tagen jedesmal einige Stunden außer dem Bett zu, konnte aber das Nebenzimmer nicht anders als im Rollstuhl erreichen.

Berlin, 14. April. Der Reichstag setzte die Debatte über das Reichsmilitärgesetz fort. Graf Bethusy-Huc motivirt die Zustimmung der deutschen Reichspartei zu dem Bennigsen'schen Compromiß, die in dem Bestreben, Kaiser und Reichskanzler zu unterstützen, das eigene Amendement aufgebe. Abgeordneter Richter legt den Standpunkt der Fortschrittspartei dar, die eventuell für den Antrag Bennigsen stimmen werde. Freiherr von Maltzahn erklärt Namens der Conservativen die Zustimmung zu dem Compromiß. Hasenclever spricht für den Antrag der Socialisten. Bundescommissär General v. Voigts-Rhetz spricht sich gegen die Anträge der Fortschrittspartei und des Centrums auf jährliche Feststellung des Contingents durch das Budget aus. Er weist auf den dem Reichstage zustehenden weiten Spielraum bei der Berathung des Budgets des Heeres und auf die Höhe der Militärbudgets der übrigen europäischen Großstaaten hin, gegen welche das deutsche relativ sehr niedrig sei und betont, daß die Präsenzstärke nicht zu hoch gegriffen sei. Redner gibt einen Ueberblick über die Kriegsstärke der übrigen europäischen Mächte, unter denen Deutschland erst die dritte Stufe einnehme, und sagt zum Schluß: „Wir brauchen eine starke Armee, um eine kräftige Politik zu führen, wir brauchen eine gefürchtete Armee, um den Frieden zu erhalten. Das werden Sie nicht erreichen, wenn Sie den Bestand der Armee jährlich in Frage stellen. Deßhalb bitte ich, verwerfen Sie die Amendements der Abgeordneten Ausfeld und von Mallinckrodt." (Beifall.)

Berlin, 14. April. Die „Nordd. Allgem. Ztg." veröffentlicht die Instruktionen des Grafen Bismarck an den Grafen Arnim, damals in Rom, in der Concilsfrage. Die erste Depesche vom 26. Mai 1869 spricht sich gegen den Vorschlag Arnims aus, wonach Preußen und Deutschland sich auf dem Concil durch besondere Abgeordnete (Oratores) vertreten lassen sollte. Für Preußen gebe es verfassungsmäßig, wie politisch, nur die Standpunkte der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jeden Uebergriffes auf staatliches Gebiet. Die zweite Instruction vom 5. Jan. 1870 erklärt es für jetzt nicht mehr thunlich, den deutschen und ihnen zustimmenden Bischöfen eine Ermuthigung oder moralische Unterstützung zu gewähren, da die Regierung das Recht dieser Bischöfe schließlich im eigenen Lande wahren würde. In der dritten Instruction vom 13. März 1870, welche die in früheren Instructionen enthaltenen Gesichtspunkte resumirt, heißt es: „Der König nahm mit lebhafter Sympathie von dem Actenstück Kenntniß, worin die deutsch-österreichischen Bischöfe ihre Bemerkungen zur Geschäftsregelung niederlegten und Abänderungen verlangen, um den ökumenischen Charakter des Concils für die katholische Kirche zu wahren. Die Sprache des Aktenstückes ist eine ebenso würdige als feste, namentlich scheinen auch mir die Bischöfe in dem Protest gegen die Anwendung des Majoritätsprincips auf dogmatische Entscheidungen den Punkt getroffen zu haben, auf welchen der Kampf innerhalb der katholischen Kirche sich hauptsächlich richten muß. Es kommt nun allerdings darauf an, wie lange und wie weit die Bischöfe den Muth haben, für ihre Ueberzeugung einzustehen und für ihr Handeln die natürlichen Folgerungen zu daraus ziehen. Wir, die Regierungen des norddeutschen Bundes sind nicht berufen, den Kampf gegen Concil und Curie zu beginnen, so lange die Fragen formal innerhalb des kirchlichen Gebietes discutirt werden. In den Augen der Curie sind und bleiben wir vorwiegend eine protestantische Macht. Die Bischöfe sind es vielmehr, welche ihre eigene Stellung und die Interessen ihrer Diöcesen zu wahren haben. Die Regierungen können eine Fürsorge dafür nicht übernehmen, sie können dem Episcopat nur die Versicherung geben, daß wenn er selbst seine eigenen Rechte und die Rechte der Diöcesen wahren will, die Regierungen hinter ihm stehen und keine Vergewaltigungen dulden werden. Wie weit die Bischöfe in dieser Wahrung der Rechte gehen wollen oder können, haben sie mit ihrem Gewissen abzumachen. Die Regierungen können nur gerade so weit gehen wie die Bischöfe selbst."

Breslau, 13. Apr. In Folge der am Sonnabend durch „clerikale Agitationen" veranlaßten Unruhen in Laurahütte sind gestern, der „Breslauer Zeitg." zufolge, der Pfarrer Stabik und der Caplan Saniparski wegen Aufreizung und 8 Männer und 2 Frauen wegen Landfriedensbruch verhaftet worden.

Ausland.

Wien, 13. Apr. Das Herrenhaus nahm sämmtliche Paragraphen des ersten confessionellen Gesetzentwurfes in der Fassung des Ausschusses an, die zu einigen Paragraphen gestellten Anträge der Minorität ablehnend. Sodann wurde auch das Einführungsgesetz unverändert angenommen und die Gesetzvorlagen sofort in dritter Lesung genehmigt. Vor dem Beginn der Specialdebatte hatten die Erzbischöfe und Bischöfe den Saal verlassen. Morgen finden die Delegationswahlen statt.

Bern, 14. April. Der Bundesrath hat eine Verordnung erlassen, wonach die Telegraphenlinien im Innern der Schweiz dem Publikum miethweise zu Privatbesprechungen überlassen werden dürfen.

Rom, 13. Apr. „Liberta" meldet: Der österreichische Botschafter Graf Paar habe am Freitag die Antwort des Kaisers von Oesterreich auf das Schreiben des Papstes überreicht. Dasselbe Blatt vernimmt, der Papst habe den Botschafter bei dieser Gelegenheit sehr wohlwollend empfangen und man habe im Vatican beschlossen, gegen die confessionellen Gesetze in Oesterreich nur rein formelle Opposition zu machen. (?)

Paris, 11. Apr. Die Flucht Rochefort's hat sämmtlichen Blättern Gelegenheit gegeben, abermals auf die mangelhafte Organisation der diversen Verwaltungszweige aufmerksam zu machen, denn es ist allgemein aufgefallen, daß Privatpersonen 14 Tage zuvor von einer solchen wichtigen Nachricht wie die Flucht Rochefort's Kenntniß erhalten haben, bevor die Regierung nur irgend einen Anhaltspunkt hatte. Die Entwichenen, heißt es, hätten ihr Ehrenwort gegeben, die ihnen gewährte relative Freiheit nicht zur Flucht zu benutzen und alsdann dasselbe schändlich gebrochen. Ein Abendblatt des ‚Temps' weist darauf hin, daß selbst die Ureinwohner von Neu-Caledonien streng ihr gegebenes Wort respecirten und es traurig sei, daß dieselben beim Umgange mit Landsleuten von Rochefort's Sorte nur moralisch verlieren könnten.

Paris, 13. Apr. Der Herzog von Gramont spricht in einem Briefe aus, er werde auf die Angriffe, deren Gegenstand er sei, nicht antworten, obgleich er im Besitze erdrückender materieller und moralischer Beweise der Aechtheit seiner Argumente sei. Dieselbe werde er nur im Ernstfalle vorbringen. „Univers" sagt: Angesichts der im „Journal officiel" publicirten Documente haben mehrere Mitglieder der Permanenzcommission den Präsidenten Buffet aufgefordert, dieselbe dringlichst zusammenzuberufen.

Paris, 14. April. Die bonapartistischen Mitglieder des corsischen Generalrathes enthalten sich der Theilnahme an der Sitzung des Generalraths, um dadurch gegen das Verhalten des Prinzen Napoleon (Jerome) zu protestiren. Von 60 erschienen nur 19 Mitglieder, weshalb die Sitzung vertagt wurde.

Bayonne, 14. April. Die Verhandlungen vor Bilbao sind gescheitert und steht der Wiederbeginn der Feindseligkeiten bevor.

London, 13. Apr. Im Unterhause erklärte der Unterstaatssecretär des Innern, Bourke, die Regierung habe keine Gelegenheit gehabt, die Frage, den Carlisten die Rechte einer kriegführenden Partei beizulegen, zu erwägen und habe keine Correspondenz über diesen Gegenstand mit den Mächten geführt.

Lokales.

Welschneureuth, 10. April. Veranlaßt durch die hohen Fleischpreise hat sich hier eine Gesellschaft gebildet, welche in eigenem Betrieb schlachtet und so in den Stand gesetzt ist, das Pfund Rindfleisch für 16 kr. zu verkaufen. Kundschaft aus der Residenz ist willkommen. (Bad. Landztg.)

Dillendorf. Hier ist der Wohnungsnoth auf eine einfache Weise abgeholfen worden. Eine Weibsperson mit ihrem Kinde konnte in dem dichtbevölkerten Dillendorf keine Wohnung finden. Da geht sie hin, kauft den oberen Theil eines Comödiantenwagens, stellt diesen Kasten auf vier Quadersteine, und der Eingang in die neue Wohnung konnte sogleich stattfinden. In der Häuserreihe von Dillendorfs Straßen bildet dieses Häuslein eine gewiß auffallende Zierde und zeugte von practischem Sinn der Bewohnerin. (Säck. Vlksbl.)

Maulburg im Wiesenthal, 6. April. Heute stürzte das neuerbaute Maschinenhaus der Thurneisen'schen Papierfabrik hier, ein Gebäude von etwa 60 Fuß Länge und zwei Stockwerk Höhe, ein. Einige Minuten vor dem Einsturz waren die Arbeiter noch auf dem Dache mit Absägen der Latten beschäftigt. Nur ein Maurer trug eine jedoch nicht gefährliche Verletzung davon. (Säck. Vlksbl.)

Aus dem Amt Meßkirch, 8. April. Am 6. d. Nachts 11½ Uhr ereignete sich in Krumbach eine schauderhafte That. Beim Nachhausegehen geriethen die beiden ledigen Bursche Anton Gabele von da und Albert Schneider von Engen, z. Zt. Müllerknecht daselbst, wegen Eifersucht in Streit, der damit endete, daß Gabele dem Schneider acht Messerstiche und Schnitte versetzte, bis die Klinge des Messers zerbrach. Durch das Großh. Amtsgericht Meßkirch ist bereits Untersuchung eingeleitet. (K. Z.)

Freiburg im April. Am 4. d. M. starb hier Professor **Zipp**, langjähriger Lehrer der französischen Sprache, durch seine Eigenheiten bekannt, im Alter von 63 Jahren. (Fr. St.)

Lahr. In Offenburg hat ein Metzger Kalbfleisch zu 16 kr. ausgeschrieben; in der Breisgauer Ztg. bietet ein Freiburger Metzger das Pfd. Kalbfleisch zu 12 kr. an; hier kostet es noch 18 kr.; in Gutach wird es um 14 kr. verkauft. Bei unsern Verkehrsmitteln ist ein solcher Preisunterschied nicht in der Natur der Sache begründet. (A. f. St. u. L.)

Tauberbischofsheim, 12. April. Gestern Nachmittag erhängte sich im Dachraum einer Scheuer ein von zerrütteten Vermögensverhältnissen bedrängter Müller von Distelhausen, wurde jedoch noch so frühzeitig von seiner Halsfessel befreit, daß es den Bemühungen des in der Nähe weilenden gr. Bezirksarztes Väth von hier gelang, denselben wieder in das Leben zurückzurufen. (Bad. Lndsztg.)

Kirchliche Nachrichten.

Pfarrer Karl **Himmelhan** in Eubigheim wurde auf die Pfarrei Altdorf designirt.

Briefkasten.

X. Herzlichen Dank; aber nähere Rücksprache nothwendig, wo möglich in meiner Wohnung (Adlerstraße 38, III. Stock).

Redigirt unter Verantwortlichkeit von Dr. Ferd. Bissing.

Unterkürnach.

Todesanzeige.

Heute starb dahier mit den hl. Sterbsacramenten versehen, nach kurzer Krankheit im Alter von 63 Jahren der hochw. Herr **Johann Baptist Glotz**, pensionirter Pfarrer von Schweighausen. Dies seinen Bekannten unter dem hochw. Clerus zur Anzeige mit der Bitte um ein Memento am Altare.

Unterkürnach, 12. April 1874.

Im Auftrage der Verwandten:
F. Winterhalder, Pfv.

Sinsheim.

Todesanzeige.

Verwandten und Bekannten, besonders aus dem geistlichen Stande, geben wir davon Nachricht, daß unser lieber Gatte u. Vater Rechtsanwalt

Franz Heckmann

im Alter von 74 Jahren, nach längerem Leiden, versehen mit den hl. Sterbsacramenten, am 6. d. M. gottergeben entschlafen ist und bitten um stille Theilnahme und Andenken im Gebet.

Die Hinterbliebenen.

Handschuchsheim.

Todesanzeige.

Gestern starb nach langem Leiden, gestärkt durch die hl. Sacramente, im Alter von beinahe 66 Jahren der hochw. Herr

Ignaz Lautner,

Pfarrer in Handschuchsheim bei Heidelberg.

Diese Trauernachricht, verbunden mit der Bitte um ein Memento für den Verstorbenen, theilt dessen Bekannten mit

im Namen der Verwandten
Handschuchsheim, 12. Apr. 1874.
Bechtold, Vicar.

☞ Die Gemeinde sammelt für gemeinnützigen Zweck Gegenstände aus der Zeit des Klosters St. Blasien, z. B. Urkunden, Bücher, Bildnisse und Wappen der Aebte, Abbildungen der Kirche oder des Stiftsgebäudes u. s. w. und bittet um einschlagende Beiträge.

St. Blasien, den 17. März 1874.

Der Gemeinderath. M. Waßmer, Bürgermeister.

In der **Kranzfelder**'schen Buchhandlung in **Augsburg** ist soeben erschienen:

Mühlbauer, Wolfgang, (Dom-Ceremoniar in München.) Geschichte und Bedeutung der **(Wachs)-Lichter bei den katholischen Funktionen.** Ein Beitrag zur Liturgik, sowie für Prediger, Katecheten und religiöse Kunstanstalten. gr. 8°. 224 Seiten. Preis: fl. 1. 30 kr. oder 27 Silbergroschen. 2.1

KREUZWEGE
in Oelgemälden und Oelfarbendrucken.

Unterzeichnetes Institut empfiehlt **Musterstationen** zum Vergleiche mit anderen Erzeugnissen zur geneigten Einsicht und trägt bei Bestellung das Porto.

Es ist sicherlich Absicht der betreff. P. T. Käufer, ein der kirchlichen Würde entsprechendes Kunst-Product zu erhalten; daher die geringe Mühe des Vergleiches gewiß nicht unlohnend sein dürfte, zudem dadurch keine Verbindlichkeit entsteht, Auftrag zu ertheilen.

Ebenso werden Altargemälde und Statuen geliefert. Kataloge gratis und franco.

F. Gypen's Kunst-Verlag für religiöse Werke und Institut für kirchliche Malerei in **München.**

6.3

Karlsruhe und Bauerbach. 2.2.

Bauarbeiten-Vergebung.

Nachstehende Arbeiten zur Herstellung eines neuen Treppenhauses zum Pfarrhaus in **Bauerbach**, Bezirksamts Bretten, sollen zur Ausführung in Accord vergeben werden, und zwar:

	im Anschlag zu
Maurerarbeit . . .	450 fl. 38 kr.
Steinhauerarbeit . .	61 fl. 6 kr.
Zimmerarbeit . . .	295 fl. 29 kr.
Schreinerarbeit . . .	69 fl. 52 kr.
Glaserarbeit	17 fl. — kr.
Schlosserarbeit . . .	52 fl. 24 kr.
Blechnerarbeit . . .	35 fl. — kr.
Tüncherarbeit . . .	50 fl. 30 kr.
Summa	1031 fl. 59 kr.

Zur Uebernahme lusttragende Handwerker werden eingeladen, ihre, nach Procenten der Kostenberechnung ausgedrückten Angebote, unter Anschluß von Zeugnissen über Befähigung, Leumund und Vermögen schriftlich, versiegelt und mit Aufschrift versehen bis spätestens den 20. April d. J., Nachmittags 3 Uhr, bei der kathol. Stiftungs-Commission Bauerbach portofrei einzureichen.

Die Pläne, Kostenberechnungen und Bedingungen sind ebendaselbst zur Einsicht aufgelegt.

Zur Eröffnung der Angebote ist den Bietern der Zutritt gestattet.

Karlsruhe und Bauerbach, den 8. April 1874.

Erzbischöfl. Bauamt. — Katholische Stiftungscommission.

Jöhlingen.

Kapital-Antrag.

Zum Ausleihen liegen bereit: im Baufond **1500 fl.**, im Frühmeßfond **700 fl.**

Illustrirte
Frauen-Zeitung.

Ausgabe der „Modenwelt" mit Unterhaltungsblatt.
Gesammt-Auflage allein in Deutschland 180,000.
Erscheint wöchentlich.

Kleine Ausgabe.
Pro Quartal 25 Sgr.
Jährlich:
24 Nummern mit Moden und Handarbeiten, gegen 2000 Abbildungen enthaltend.
12 Beilagen mit etwa 200 Schnittmustern für alle Gegenstände der Toilette und etwa 400 Musterzeichnungen für Weißstickerei, Soutache 2c.
12 Große colorirte Modenkupfer.
24 Illustrirte Unterhaltungs-Nummern.

Große Ausgabe. Pro Quartal 1 Thlr. 12½ Sgr.
Jährlich, außer Obigem:
noch 36 Große colorirte Modenkupfer, darunter 12 Blätter mit etwa 150 historischen und Volkstrachten.

Alle Buchhandlungen und Postämter nehmen jederzeit Bestellungen an.

Bettunterlagen, Bandagen, Eisbeutel, Suspensorien, Luftkissen, Gummistrümpfe 2c. empfiehlt zu den billigsten Preisen **L. Grösser,** Bandagist, dem Museum gegenüber.

Zu vermiethen

vom **Schlosse Merzhausen** auf einer Anhöhe mit herrlicher Aussicht, ¾ Stunden von Freiburg gelegen:

der 2. Stock mit 7 Zimmern und Saal,
der 3. Stock mit 9 Zimmern.

Nähere Auskunft ertheilt die Verwaltung des Grafen **Max v. Kageneck** zu Freiburg i/B.

Orgel-Verkauf.

In Folge des Neubaues eines größeren Orgelwerkes ist die in hiesiger Kirche stehende kleinere, in brauchbarem Zustande sich befindliche Orgel zu verkaufen. Dieselbe hat 12 klingende Register, worunter ein sehr guter Subbaß und Posaunenbaß. Bei entsprechender Ausbesserung der 3 Blasbälge und der Mechanik ist die Orgel für eine kleinere Kirche noch gut zu gebrauchen. Das Gehäus der Orgel ist sehr schön mit noch neuer, reicher Vergoldung.

Gemeinden, welche Lust zum Ankaufe haben, mögen sich längstens bis 23. dss. Mts. bei unterzeichneter Behörde melden, da der Abbruch der Orgel nach dieser Frist geschehen wird.

Hilsbach, Amts Sinsheim, den 9. April 1874.

Der Gemeinderath:
Lang, Bürgermeister.

Verloosungen.

Anleihe der Stadt Neapel vom Jahre 1872. Ziehung am 10. April 1874. Auszahlung am 1. April 1875. Nr. 130095 15,000 Fr. Nr. 251330 500 Fr. Nr. 1928 7968 40958 43021 45309 61073 73260 78947 102286 125127 134131 144848 163303 165086 170416 172581 173 74 174464 176448 182713 184545 187070 190062 192599 198616 101047 221014 230341 237264 245289 254151 261219 267611 274475 308911 313722 346206 349434 je 250 Fr.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Donnerstag 16. April. Zweites Quartal. 53. Abonnementsvorstellung. **Cymbelin.** Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare. Nach Delius Ausgabe für die Bühne übersetzt und bearbeitet von Gisbert Frhrn. v. Vincke. Anfang 6 Uhr.

Geburten.

9. April. Martha Luise Wilhelmine, Vater Friedrich Wihelm Schmidt, Militär-Oberpfarrer.
11. „ Marie Friederike, Vater Guido Friedrich, Münzarbeiter.
11. „ Ein Mädchen (todtgeboren), Vater Rudolph Schmidt, Schneidermeister.
12. „ Johann Berthold, Vater Johann Fuhs Mechaniker.
12. „ Sophie Christiane, Vater Wilhelm Haupt, Eisenbahnarbeiter.

Todesfälle.

11. April. Marie, Ehefrau des Restaurateurs Schrade. 38 J.
11. „ Wilhelm Westphal, Haushofmeister, ein Ehemann. 59 J.
11. „ Luise, Wittwe des Maurermeisters Riedel. 65 J.
12. „ Wilhelm Deimling, Kassier a. D., ein Ehemann. 88 J.
12. „ Johann Sänger, Hofmusikus, ein Ehemann. 69 J.
12. „ Gustav, Vater Dienstmann Haller. 1 J. 1 M. 22 S.
12. „ Wilhelm, Vater Kanzleigehilfe Kneller. 1 J. 1 M. 13 T.
12. „ Sophie Jolly, Privatiere, ledig. 54 J.
12. „ Gottfried Schmidt, Taglöhner, ein Ehemann. 50 J.
12. „ Gustav Burckhardt, Taglöhner, Wittwer. 55 J.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 14 April.

Staatspapiere.	pr. comptant.
Preußen 4½% Consol. Oblig	105⅞ G
4½% do.	— b
4% do.	— G
Baden 5% Obligationen	104¼ b
4½% do.	100¾ G
4% do.	96⅞ G
3½% do. v. 1842	91¾ G
Bayern 4½% Obl. 1856 Zs. ½jähr.	101⅜ G
4½% „ (Zins 1jähr.)	101⅜ G
4% „ „ 1jähr.	97½ G
Württemberg 5% Obligationen	105⅛ b
4½% „	101 b
4% „	97¼ P
Nassau 4½% Obligationen	98¼ b
3½% do.	91¼ b
Sachsen 5% do.	105⅜ G
Gotha 5% do.	— P
Gr. Hessen 5% do.	93¾ G
4% do.	97 G
Oesterr. 5% Silberrente Z. 4⅕%	66⅜ G
4% Papierrente Z. 4⅕%	62⅜ b
do. do.	62⅜ G
5% Ung. E.-B.-Anl. 1868	63⅝ G
Rußland 5% Oblig. v. 1871	96¾ G

Rußland 5% Obligationen v. 1872	96¾ b
Belgien 4½% Obligationen	102¼ G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	98¼ G
Schweiz 4½% Berner Obligationen	96¾ P
4% „ „	— G
N.-Amerika 6% Bonds 1882r v. 1862	98⅞ G
6% „ 1885r v. 1865	101⅜ P
5% „ 1904r 10/40 1864	98¼ G
Spanien 3% neue Schuld von 1869	— G
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	95⅞ b
do. leere.	— P
Actien und Prioritäten.	
Badische Bank, 200 Thaler	111½ G
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147¾ b
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	359½ G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1004 G
5% do. Creditactien, fl. 160	205½ b
Stuttgarter Bank	— P
5% Elisabethbahn, fl. 200	203 b
5% Rudolphsbahn, fl. 200	161½ G
4% Ludwigshafen-Berbacher-E. fl. 500	177 b
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 208	111 b
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	130 G
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	325 b

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	86½ G
3% do. do.	49⅝ b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	84½ b
5% do. do. 2. Emiss.	83¼ P
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	83¾ G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	61½ b
5% Hessische Ludwigsbahn	103¾ G
5% Pfälzische Ludwigsb. (Berbach.)	104 P
6% Central Pacific, rückz. 1898	79¼ G
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	— P
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	46 b
Anlehens-Loose.	
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	114 b
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	112⅝ b
Badische 35-fl.-Loose	70⅛ b
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	22⅜ G
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	222 G
„ 25-fl.-Loose	56¾ P
Kurhessische 40-Thaler-Loose	— P
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	— P
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	92⅛ G
„ 5% 500 do. do. 1860	95¼ G
„ 100-fl.-Loose do. 1864	159½ G
Schwedische 10-Thaler-Loose	— G

Finnländer 10-Thlr.-Loose	10¼ b
Meininger 7-fl.-Loose	7⅞ b
Wechsel-Cours.	
Amsterdam k. S.	99⅝ b
Augsburg „	100 P
Berlin „	104⅞ G
Bremen „	105⅛ P
Brüssel „	94⅛ b
Hamburg „	105⅝ P
Leipzig „	105 P
London „	118½ b
Mailand „	— b
Paris „	94⅛ b
Wien „	104¼ b
Gold und Silber.	
Pr. Friedrichsd'or	fl. — —
Pistolen	„ 9. 34—36
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9. 45—47
Ducaten	„ 5. 30—32
20-Frankenstücke	„ 9. 24—25
Engl. Sovereigns	„ 11. 50—52
Russ. Imperiales	„ 9. 40—42
Dollars in Gold	„ 2. 25—26

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: L. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 20.